

Kornelius Fuchs

Vergütungsansprüche des Hochschulbeschäftigten bei Verwertung des geistigen Eigentums durch die Hochschule

Patent-, urheber- und designrechtliche Betrachtung der
Verwertungsrechte und Vergütungspflichten der Hochschule



Nomos

Schriften zum geistigen Eigentum
und zum Wettbewerbsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christian Berger, Universität Leipzig
Prof. Dr. Horst-Peter Götting, Techn. Universität Dresden

Band 118

Kornelius Fuchs

Vergütungsansprüche des Hochschulbeschäftigten bei Verwertung des geistigen Eigentums durch die Hochschule

Patent-, urheber- und designrechtliche Betrachtung der
Verwertungsrechte und Vergütungspflichten der Hochschule



Nomos

Erstgutachter: Herr Prof. Dr. Jan Busche
Zweitgutachter: Herr Prof. Dr. Andreas Feuerborn

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Düsseldorf, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-6779-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-0883-8 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

D61

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern und meiner Frau

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im März 2020 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner wissenschaftlichen Tätigkeit am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Gewerblichen Rechtsschutz von Herrn *Prof. Dr. Jan Busche*. Rechtsprechung und Literatur wurden bis zum Zeitpunkt der Zulassung zur Promotion im September 2018 berücksichtigt.

Besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn *Prof. Dr. Jan Busche*, für die umfassende Betreuung der Arbeit, von der Auswahl des Themas über das Doktorandenseminar und die Erstellung des Gutachtens bis hin zur Veröffentlichung, sowie für den gewährten Freiraum, in dem die Dissertation gedeihen konnte. Danken möchte ich ebenfalls Herrn *Prof. Dr. Andreas Feuerborn* für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Den Herausgebern, Herrn *Prof. Dr. Christian Berger* und Herrn *Prof. Dr. Horst-Peter Götting, LL.M.* danke ich für die Aufnahme dieser Arbeit in die Reihe „Schriften zum geistigen Eigentum und zum Wettbewerbsrecht“.

Besonderen Dank schulde ich ferner der *Studienstiftung des deutschen Volkes* für die ideelle und finanzielle Förderung meines Studiums sowie meiner Promotion. Durch die gewährten Stipendien habe ich optimale Studien- und Promotionsbedingungen vorfinden können, die zu einer zügigen und zielgerichteten Erstellung der Arbeit geführt haben. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich ebenfalls bei meiner Vertrauensdozentin Frau *Prof. Dr. Marion Aptroot*. Auch möchte ich herzlich Frau *Prof. Dr. Barbara Völzmann-Stickelbrock* sowie Herrn *Prof. Dr. Stefan Greiner* danken, die durch ihre wohlwollenden Gutachten die Aufnahme in die Stiftung ermöglicht haben. Ferner danke ich der Leiterin der Abteilung „Forschungsmanagement und Transfer“ der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Frau *Dr. Stefanie Niemann*, für die anregenden Gespräche und den Zuspruch zu Beginn meines Promotionsvorhabens.

Während des Studiums und auf dem Weg zur Promotion haben mich meine Familie, Freunde und Kommilitonen begleitet. Besonders hervorheben und danken möchte ich meiner Oma, meinen vier Geschwistern, meinen Schwiegereltern sowie allen meinen Schwägerinnen und Schwägern.

Zum Abschluss einer langen Ausbildung gebührt mein größter Dank meinen Eltern, *Doris* und *Ditmar Fuchs*, die mir nicht nur das Studium der

Vorwort

Rechtswissenschaften ermöglicht, sondern mir in jeder Lebensphase ihre bedingungslose Liebe und Unterstützung entgegengebracht haben. Ein besonderer Dank gilt meinem Vater zudem für das unermüdliche Korrekturlesen dieser Arbeit.

Von ganzem Herzen danke ich meiner lieben Frau *Clara* für ihr unablässiges Verständnis sowie ihre Unterstützung und Motivation nicht nur während der Zeit der Promotion, sondern auch bereits zuvor im Studium. Niemand hat die Zeit meiner Ausbildung, sowie meine persönliche und fachliche Entwicklung so intensiv miterlebt und vor allem mitgeprägt, wie sie. Ohne sie gäbe es diese Arbeit nicht!

Meinen Eltern und meiner Frau sei diese Arbeit gewidmet.

Düsseldorf, im Mai 2020

Dr. Kornelius Fuchs

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	35
Kapitel 1. Einleitung	41
§ 1 Hochschulerfindungsrecht	42
§ 2 Hochschulurheberrecht	46
§ 3 Hochschuldesignrecht	49
Kapitel 2. Vergütungsansprüche des Arbeitnehmers und Immaterialgüterrechte im Arbeitsrecht	51
§ 4 Arbeitsrechtliche Grundlagen	52
§ 5 Vergütungsansprüche des Arbeitnehmers für Arbeitsergebnisse	76
§ 6 Immaterialgüterrechte im Arbeitsrecht	92
Kapitel 3. Vergütungsansprüche des Hochschulbeschäftigten im Arbeitnehmererfinderrecht	178
§ 7 Die Vergütungsansprüche des Arbeitnehmererfinders	179
§ 8 Die Vergütungsansprüche des Hochschulerfinders	223
Kapitel 4. Vergütungsansprüche des Hochschulbeschäftigten im Arbeitnehmerurheberrecht	455
§ 9 Die Vergütungsansprüche des Arbeitnehmerurhebers	455
§ 10 Die Vergütungsansprüche des Hochschulurhebers	533
Kapitel 5. Vergütungsansprüche des Hochschulbeschäftigten im Arbeitnehmerdesignrecht	620
§ 11 Die Vergütungsansprüche des Arbeitnehmerdesigners	621
§ 12 Die Vergütungsansprüche des Hochschuldesigners	627

Inhaltsübersicht

Kapitel 6. Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse	667
Literaturverzeichnis	669
Stichwortverzeichnis	701

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	35
Kapitel 1. Einleitung	41
§ 1 Hochschülerfindungsrecht	42
§ 2 Hochschulurheberrecht	46
§ 3 Hochschuldesignrecht	49
Kapitel 2. Vergütungsansprüche des Arbeitnehmers und Immaterialgüterrechte im Arbeitsrecht	51
§ 4 Arbeitsrechtliche Grundlagen	52
A. Persönlicher Anwendungsbereich des Arbeitsrechts	52
I. Der Arbeitnehmerbegriff	52
1. Vorliegen eines privatrechtlichen Vertrags	55
a. Vertragsschluss	55
b. Privatrechtlichkeit des Vertrags	57
2. Verpflichtung zur Arbeitsleistung	59
3. Das Merkmal der „persönlichen Abhängigkeit“	60
a. Beurteilungsmaßstab – Typologische Begriffsbestimmung	61
b. Weisungsgebundenheit	62
aa. Örtliche Weisungsgebundenheit	63
bb. Zeitliche Weisungsgebundenheit	64
cc. Fachliche Weisungsgebundenheit	65
c. Eingliederung in die betriebliche Organisation des Auftraggebers	66
d. Fremdnützigkeit der Arbeitsleistung	67
e. Formale Kriterien	68
II. Der Beschäftigtenbegriff	70
1. Fehlende Definition des Beschäftigtenbegriffs	70
2. Der Beschäftigtenbegriff des Sozialversicherungsrechts	71
a. Die Definition der Beschäftigung im Sozialversicherungsrecht	71

Inhaltsverzeichnis

b. Konzeptionelle Verschiedenheit von Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnis	72
III. Der Arbeitgeberbegriff	73
B. Die Pflichten der Arbeitsvertragsparteien	74
§ 5 Vergütungsansprüche des Arbeitnehmers für Arbeitsergebnisse	76
A. Der allgemeine arbeitsrechtliche Grundsatz des Rechts am Arbeitsergebnis	77
I. Das Recht auf das Arbeitsergebnis (obligatorische Anknüpfung)	77
II. Das Recht am Arbeitsergebnis (dingliche Anknüpfung)	79
1. Körperliche Arbeitsergebnisse	80
2. Unkörperliche Arbeitsergebnisse	82
B. Der Begriff des Arbeitsergebnisses	84
C. Vergütungsansprüche im Arbeitsrecht	85
I. Der allgemeine Vergütungsanspruch aus § 611a Abs. 2 BGB	85
II. Sondervergütungsansprüche im Arbeitsrecht	86
1. Arbeitsvertraglich vereinbarte Sondervergütungen	87
2. Sondervergütungen aufgrund sonstiger Rechtsquellen	87
3. Sondervergütungen für Sonderleistungen	88
a. Die Regelung des § 612 BGB	88
b. Die Regelung des § 242 BGB	90
D. Zusammenfassung	92
§ 6 Immaterialgüterrechte im Arbeitsrecht	92
A. Arbeitnehmererfinderrecht	93
I. Erfindungen	94
1. Erfindungsbegriff	94
a. Der allgemeine Erfindungsbegriff (Erfindung im weiteren Sinne)	95
aa. Schöpferische Tätigkeit	96
bb. Auf technischem Gebiet	97
cc. Wiederholbarkeit der erfinderischen Lösung	98
b. Der Erfindungsbegriff im Sinne des ArbNErfG (Erfindung im engeren Sinne)	99
aa. Relative oder absolute Neuheit	100
(1) Patentfähigkeit (§ 3 Abs. 1 PatG)	100

(2) Gebrauchsmusterfähigkeit (§ 3 Abs. 1 GebrMG)	101
bb. Auf erfinderischer Tätigkeit bzw. erfinderischem Schritt beruhend	102
(1) Patentfähigkeit (§ 4 PatG)	102
(2) Gebrauchsmusterfähigkeit (§ 1 Abs. 1 GebrMG)	103
cc. Gewerbliche Anwendbarkeit	104
(1) Patentfähigkeit (§ 5 PatG)	104
(2) Gebrauchsmusterfähigkeit (§ 3 Abs. 2 GebrMG)	106
dd. Arbeitnehmererfindungen	106
2. Erfindungen als Arbeitsergebnisse	107
a. Schutzzfähige Erfindungen	107
aa. Erfahrungserfindungen	107
bb. Aufgabenerfindungen	108
b. Nicht schutzzfähige Erfindungen	111
3. Rechtsentstehung und -zuordnung im Arbeitnehmererfinderrecht	112
II. Technische Verbesserungsvorschläge	113
1. Begriff des technischen Verbesserungsvorschlags	113
a. Einfacher technischer Verbesserungsvorschlag	113
b. Qualifizierter technischer Verbesserungsvorschlag	116
2. Technische Verbesserungsvorschläge als Arbeitsergebnisse	117
3. Rechtsentstehung und -zuordnung bei technischen Verbesserungsvorschlägen von Arbeitnehmern	118
B. Arbeitnehmerurheberrecht	119
I. Urheberrechtlich geschützte Werke	120
II. Urheberrechtlich geschützte Werke als Arbeitsergebnisse	123
III. Rechtsentstehung und -zuordnung im Arbeitnehmerurheberrecht	124
1. Entstehung der Urheberrechte im Arbeitsverhältnis	124

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtezuordnung bzw. Nutzungsrechtseinräumung bei Arbeitnehmerwerken	126
a. Urheberrechtlich geschützte Werke	127
aa. Pflichtwerke	128
(1) Pflicht zur Schaffung urheberrechtlich geschützter Werke	128
(2) Pflicht zur Nutzungsrechtseinräumung	129
(a) Einfache Vertragsauslegung	131
(b) Ergänzende Vertragsauslegung	133
(c) Treu und Glauben	134
(3) Fazit	134
bb. Freie Werke	135
(1) Differenzierung zwischen ungebundenen und gebundenen freien Werken	135
(2) Anbietungspflicht des Arbeitnehmers bei freien Werken	137
(a) Meinungsstand in der Literatur	137
(b) Eigene Würdigung	139
(aa) Analoge Anwendung des § 19 ArbNErfG	139
(bb) Wettbewerbsverbot	142
(3) Fazit	145
b. Sonderfall: Computerprogramme gem. §§ 69a, 69b UrhG	146
aa. Pflichtwerke	148
(1) Erfasste Werke	149
(2) Rechtsnatur des § 69b UrhG	150
(3) Umfang der übergewenden Nutzungsrechte	152
bb. Freie Werke	154
(1) Probleme in der Abgrenzung der freien Werke gegenüber den Pflichtwerken	155
(2) Meinungsstand	156
(3) Eigene Würdigung	156
C. Arbeitnehmerdesignrecht	160
I. Designs und Gemeinschaftsgeschmacksmuster	161
II. Designs und Gemeinschaftsgeschmacksmuster als Arbeitsergebnisse	163

III. Rechtsentstehung und -zuordnung im Arbeitnehmerdesignrecht	163
1. Gleichlauf von Designs und Gemeinschaftsgeschmacksmustern	163
2. Abgrenzung zwischen gebundenen und freien Entwürfen	164
3. Entstehung der Designrechte im Arbeitsverhältnis	166
a. Gebundene Entwürfe	167
aa. Originärer Rechtserwerb vs. derivativer Rechtserwerb des Arbeitgebers	167
(1) Historische Entwicklung und Meinungsstand	167
(2) Stellungnahme	169
bb. Umfang des Rechtserwerbs	171
b. Freie Entwürfe	171
c. Vertragliche Abreden	174
4. Rechtezuordnung bei Arbeitnehmerdesigns	175
D. Zusammenfassung	175
Kapitel 3. Vergütungsansprüche des Hochschulbeschäftigten im Arbeitnehmererfinderrecht	178
§ 7 Die Vergütungsansprüche des Arbeitnehmererfinders	179
A. Persönlicher Anwendungsbereich des Arbeitnehmererfindergesetzes	179
I. Der Arbeitnehmerbegriff i. S. d. ArbNErfG	179
II. Der Arbeitgeberbegriff i. S. d. ArbNErfG	181
B. Vergütungsansprüche für Erfindungen	182
I. Vergütungsansprüche für Diensterverfindungen	182
1. Vergütungsanspruch bei Inanspruchnahme der Diensterverfindung aus § 9 ArbNErfG	182
a. Vergütungsgrund des § 9 Abs. 1 ArbNErfG	183
aa. Meinungsstand zum Vergütungsgrund	184
(1) Sonderleistungsprinzipien	184
(a) Ergebnisbezogenes Sonderleistungsprinzip	185
(b) Tätigkeitsbezogenes Sonderleistungsprinzip	185
(2) Monopolprinzipien	186
(a) Strenge Monopoltheorie	186
(b) Abgeschwächte Monopoltheorie	187

Inhaltsverzeichnis

bb. Argumentationslinien und Stellungnahme	187
(1) Grundlagen zur Gesetzesauslegung	188
(2) Wortlautauslegung	189
(a) „Angemessene Vergütung“	189
(b) „Sobald der Arbeitgeber die Diensterfindung in Anspruch genommen hat“	190
(c) Fazit	191
(3) Systematische Auslegung	191
(4) Historische Auslegung	193
(5) Teleologische Auslegung	195
cc. Fazit	200
b. Entstehung des Vergütungsanspruchs	200
c. Vergütungsbemessung	202
aa. Angemessenheit der Vergütung	203
bb. Wirtschaftliche Verwertbarkeit bzw. Ermittlung des Erfindungswerts	205
(1) Betrieblich benutzte Erfindungen	206
(2) Außerbetriebliche Verwertung	206
(3) Nicht verwertete Erfindungen	207
cc. Anteilsfaktor	208
d. Fälligkeit des Vergütungsanspruchs	208
2. Vergütung für Benutzungsrechte nach §§ 14 Abs. 3, 16 Abs. 3 ArbNErfG	210
a. Der Vergütungsanspruch aus § 14 Abs. 3 ArbNErfG	210
b. Der Vergütungsanspruch aus § 16 Abs. 3 ArbNErfG	212
3. Vergütung bei Betriebsgeheimnissen aus § 17 ArbNErfG	213
II. Vergütungsansprüche für freie Erfindungen	214
III. Vergütungsansprüche für nichtschutzzfähige Erfindungen	216
C. Vergütungsansprüche für technische Verbesserungsvorschläge	216
I. Vergütung für einfache technische Verbesserungsvorschläge	216
II. Vergütung für qualifizierte technische Verbesserungsvorschläge	218
1. Vergütungsgrund des § 20 Abs. 1 ArbNErfG	218

2. Entstehung des Vergütungsanspruchs	219
3. Vergütungsbemessung	220
4. Fälligkeit des Vergütungsanspruchs	221
D. Zusammenfassung	222
§ 8 Die Vergütungsansprüche des Hochschulerfinders	223
A. Der Vergütungsanspruch für Erfindungen aus § 42 Nr. 4 ArbNErfG	224
I. Das Verhältnis von § 42 Nr. 4 ArbNErfG zu den §§ 9 ff. ArbNErfG	224
1. Zum Meinungsstand	225
a. Herrschende Meinung	225
b. Andere Auffassungen	226
2. Stellungnahme mit eigenem Lösungsansatz	230
a. Kritik an den bestehenden Meinungen	230
b. Eigener Ansatz – Die „Lösung der gerechten Risikoverteilung“	231
aa. Der Ansatz	231
bb. Fallgruppe „Unterbliebene Verwertung“	232
(1) Rechtezuordnung und Risikoverteilung nach dem ArbNErfG	232
(a) Gegenläufige Interessen des Hochschulbeschäftigten und der Hochschule	233
(b) Interessenabwägung	234
(2) Fazit	235
cc. Fallgruppe „Fehlende bzw. geringe Einnahmen“	235
(1) Rechtezuordnung und Risikoverteilung nach dem ArbNErfG	236
(2) Erforderlichkeit einer Ausnahme zu der gesetzlichen Risikoverteilung	237
(a) Finanzielle Besserstellung des Hochschulbeschäftigten als primäre Zielsetzung des Gesetzgebers	237
(b) Maßstab der Beurteilung einer „Besserstellung“	239
(3) Fazit	241
dd. Kontrollüberlegungen	242
(1) Allgemeine Kontrollüberlegung	242
(2) Vereinbarkeit mit Art. 14 Abs. 1 GG	243

Inhaltsverzeichnis

3. Fazit	244
II. Der Anwendungsbereich des § 42 ArbNErfG	245
1. Persönlicher Anwendungsbereich – Der Hochschulbeschäftigte	245
a. Persönlicher Anwendungsbereich des § 42 ArbNErfG bis zum 06.02.2002	245
aa. Hochschullehrer	246
bb. Hochschulassistenten	247
cc. Weitere Personengruppen	247
b. Persönlicher Anwendungsbereich des § 42 ArbNErfG seit dem 07.02.2002	249
aa. Begriffsabgrenzungen	250
(1) Unterscheidung zwischen „Hochschularbeitnehmer“ und „Hochschulbeschäftigter“	251
(2) Unterscheidung zwischen „Hochschulwissenschaftler“ und „Hochschulbeschäftigter“	252
bb. Bestimmung des Begriffs „Hochschulbeschäftigter“	254
(1) Zum Meinungsstand	254
(a) Verweisung auf § 7 SGB IV und weitere Auffassungen	254
(b) Der „korporationsrechtliche Ansatz“ von Reetz	256
(2) Eigene Stellungnahme	259
c. Fazit	262
2. Institutioneller Anwendungsbereich – Die Hochschule	264
a. Der institutionelle Anwendungsbereich des § 42 ArbNErfG bis zum 06.02.2002	264
b. Der institutionelle Anwendungsbereich des § 42 ArbNErfG seit dem 07.02.2002	265
aa. Der Begriff der Hochschule	265
(1) Privatrechtlich organisierte Hochschulen	266
(2) Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	268
(3) Selbständige Universitätskliniken	269

bb. Der Begriff des „Dienstherrn“	270
(1) Definition des „Dienstherrn“	270
(2) Dienstherrenfähigkeit der Hochschule	272
(3) Versuche zur Konfliktlösung	274
c. Fazit	277
3. Sachlicher Anwendungsbereich – Die Erfindung	278
a. Der sachliche Anwendungsbereich des § 42 ArbNErfG bis zum 06.02.2002	278
b. Der sachliche Anwendungsbereich des § 42 ArbNErfG seit dem 07.02.2002	280
aa. Erfindung im Sinne von § 42 Nr. 4 ArbNErfG	280
(1) Erfasst sind nur Dienstserfindungen	280
(2) Abgrenzung zwischen Dienstserfindung und freier Erfindung	281
(a) Aufgabenerfindung nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 ArbNErfG	283
(aa) Erfindungen der Hochschullehrer	284
(bb) Erfindungen der sonstigen wissenschaftlichen Beschäftigten	286
(b) Erfahrungserfindung nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 ArbNErfG	287
(aa) Erfahrungen oder Arbeiten der Hochschule	288
(bb) Erfindung beruht „maßgeblich“ auf den Erfahrungen oder Arbeiten der Hochschule	290
(3) Hochschulerfindungen in Nebentätigkeit	290
bb. Technische Verbesserungsvorschläge	293
c. Fazit	294
4. Fazit	295
III. Der Verwertungsbegriff des § 42 Nr. 4 ArbNErfG	296
1. Wortlautauslegung	297
2. Systematische Erwägungen	299
a. Die Begriffe der „Benutzung“ und „Verwendung“ im ArbNErfG und PatG	299
aa. Der patentrechtliche Begriff der „Benutzung“ in § 9 PatG	300

Inhaltsverzeichnis

bb. Der Begriff der „Verwendung“ aus § 18 Abs. 3 ArbNErfG	301
b. Weitere Verwertungsbegriffe im ArbNErfG	302
aa. Der Verwertungsbegriff aus § 9 Abs. 2 ArbNErfG	302
(1) Im Gegensatz zu § 42 Nr. 4 ArbNErfG erfasst § 9 Abs. 2 ArbNErfG auch Sperrpatente	303
(2) Verwertbarkeit geht weiter als Verwertung	304
(3) Fazit	304
bb. Der Verwertungsbegriff aus § 19 Abs. 1 ArbNErfG	305
cc. Der Verwertungsbegriff aus § 27 Nr. 3 ArbNErfG a. F. und § 40 Nr. 3 ArbNErfG	308
c. Fazit	309
3. Historische Auslegung	309
a. Entstehungsgeschichte des § 42 Nr. 4 ArbNErfG	309
b. Wirtschaftliche Determination des Verwertungsbegriffes	312
c. Unentgeltliche Übertragung von Erfindungen als Verwertung	313
d. Fazit	316
4. Teleologische Auslegung	316
a. Weites Begriffsverständnis im Grundsatz	316
b. Bestimmung des Verwertungsbegriffes im Besonderen	319
aa. Zeitliche Anknüpfung	319
(1) Vorbereitungshandlungen	320
(2) Beginn der Verwertung	321
(a) Ab Inanspruchnahme?	321
(b) Ab Anmeldung zum Schutzrecht?	324
(3) Fazit	325
bb. Inhaltliche Anknüpfung	325
(1) Verwertung der Erfindung vs. Verwertung des Schutzrechts	325
(2) Wirtschaftlichkeit der Verwertung i. S. d. § 42 Nr. 4 ArbNErfG	326
(a) Übertragung der Erfindung ohne Gegenleistung in Geld	326

(b) Übertragung der Erfindung ohne jede Gegenleistung	327
(aa) Pro-Argumente	327
(bb) Contra-Argumente	328
(cc) Genereller Ausschluss der gegenleistungslosen Übertragung	329
(c) Fazit	331
cc. „Örtliche“ Anknüpfung	332
(1) Hochschulinterne Nutzung	332
(a) Innerbetriebliche Eigennutzung	332
(aa) Zum Meinungsstand	332
(bb) Eigene Stellungnahme	333
(b) Halten von Patenten zu Werbezwecken	336
(2) Außerhochschulische Nutzungen	337
(a) Patentverkauf	337
(b) Lizenzvergabe	338
(c) Lizenzaustausch	341
(d) Weitere Nutzungsformen	342
dd. Fazit	343
5. Zusammenfassung der Ergebnisse und Versuch einer Definition des Verwertungsbegriffes	344
a. Handlung der Hochschule	344
b. Gewerblichkeit bzw. Gewerbsmäßigkeit der Handlung	345
c. Wirtschaftlichkeit der Handlung	346
aa. Fallgruppe 1: Verwertung mit Absicht und Vermögenszuwachs	347
bb. Fallgruppe 2: Verwertung mit Absicht, aber ohne Vermögenszuwachs	347
cc. Fallgruppe 3: Verwertung ohne Absicht und mit Vermögenszuwachs	348
dd. Fallgruppe 4: Verwertung ohne Absicht und ohne Vermögenszuwachs	349
ee. Fazit	349
d. Weitere Voraussetzungen	350
e. Definition des Verwertungsbegriffs i. S. d. § 42 Nr. 4 ArbNErfG de lege ferenda	350

Inhaltsverzeichnis

IV. Vergütungsbemessung	351
1. Der Begriff der Einnahmen i. S. d. § 42 Nr. 4 ArbNErfG	351
a. Gesetzlicher Ausgangspunkt – Das Bruttoprinzip	353
b. Meinungsstand in der Literatur	355
aa. Die Problematik des Minusgeschäfts	356
bb. Lösungsvorschlag de lege lata – Vergütungsanpassung nach § 12 Abs. 6 ArbNErfG	358
cc. Lösungsvorschläge de lege ferenda	360
(1) Anwendung des Nettoprinzips	360
(2) Gestaffelte Pauschalvergütung	362
c. Eigene Würdigung des Einnahmenbegriffs	363
aa. Geltung des Bruttoprinzips de lege lata	363
bb. Bewertung des geltenden Bruttoprinzips	364
(1) Zwecksetzung des § 42 Nr. 4 ArbNErfG in diesem Kontext	364
(2) Zweckerreichung durch Anwendung des Bruttoprinzips	366
(a) Förderung des Technologietransfers	366
(b) Aufbau eines eigenfinanzierten Patentverwertungssystems	367
(3) Fazit	369
cc. Eigener Lösungsansatz: Das modifizierte Nettoprinzip	369
(1) Beteiligung des Hochschulbeschäftigten an den Schutzrechtskosten	370
(a) Hochschullehrer und Hochschulassistenten	371
(b) Sonstige Hochschulbeschäftigte	372
(2) Beteiligung an welchen konkreten Kosten?	373
(3) Umfang der Beteiligung an den Schutzrechtskosten	374
(4) Betrachtung der Konsequenzen des modifizierten Nettoprinzips	376
(a) Auswirkungen auf Minusgeschäfte der Hochschulen	377

(b)	Auswirkungen auf den finanziellen Anreiz für Hochschulbeschäftigte	377
(c)	Auswirkungen auf die vereinfachte Vergütungsberechnung	380
(d)	Auswirkungen auf den Zeitpunkt der Vergütungsberechnung	382
dd.	Fazit	382
d.	Einzelfallbewertung der verschiedenen Verwertungsarten	383
aa.	Patent- oder Erfindungsverkauf	384
(1)	Einnahmen nach den verschiedenen Berechnungsmethoden	385
(2)	Problemfall: Fehlende Kaufpreisvereinbarung bzw. geringe geldwerte Vorteile	386
bb.	Vergabe von Lizenzen	388
(1)	Lizenzgebühren und sonstige vermögenswerte Vorteile	388
(2)	Problemfall: kostenlose Lizenzvergaben	390
cc.	Austausch von Lizenzen	390
dd.	Ausgründung bzw. Unternehmensbeteiligung	391
ee.	Innerhochschulische Eigennutzung	392
(1)	Einnahmen bei innerhochschulischer Nutzung	393
(2)	Einnahmen nach den verschiedenen Berechnungsmethoden	394
ff.	Halten von Patenten zu Werbezwecken	396
gg.	Besonderheiten bei Forschungs- und Entwicklungsverträgen	398
e.	Fazit zum Einnahmenbegriff	398
2.	Kausalität der Einnahmen („durch“)	399
a.	Grundlagen – Zeitliche und hypothetische Komponente der Kausalität	400
b.	Übertragungsklauseln in Forschungs- und Entwicklungsverträgen	401
aa.	Vergütungsklauseln	401

Inhaltsverzeichnis

bb. Vereinbarung der Zahlung einer Projektsumme	402
(1) Problemkreise hinsichtlich der zeitlichen Komponente der Kausalität	402
(2) Problemkreise hinsichtlich der hypothetischen Komponente der Kausalität	403
c. Erstattungsklauseln in Forschungs- und Entwicklungsverträgen	404
d. Nachträgliche Übernahme bzw. Erstattung von Schutzrechts- oder Entwicklungskosten	405
e. Drittmittel i. S. d. § 25 HRG und sonstige Forschungsförderung	406
3. Pauschalvergütung in Höhe von 30 vom Hundert	407
a. Verfassungsmäßigkeit der Pauschalierung auf 30 %	407
b. Höhe des Prozentsatzes	409
4. Fazit	411
V. Entstehung und Fälligkeit des Vergütungsanspruchs	412
1. Entstehung des Vergütungsanspruchs dem Grunde nach	412
2. Fälligkeit des Vergütungsanspruchs	414
a. Bestimmung der Fälligkeit nach § 12 ArbNErfG	414
b. Das Verhältnis von § 42 Nr. 4 ArbNErfG zu § 12 ArbNErfG	415
aa. Zum Meinungsstand	415
bb. Eigene Stellungnahme	416
(1) Anwendung von § 12 ArbNErfG	416
(2) § 12 ArbNErfG unter Berücksichtigung hochschulrechtlicher Besonderheiten	419
(a) Die Fristen des § 12 Abs. 1 und Abs. 3 S. 2 ArbNErfG	419
(b) Sonstige Besonderheiten des Hochschulrechts	421
cc. Fazit	423
c. Fälligkeit bei unterbliebener Verwertung	423
d. Fazit	424
VI. Problematik der Verwertungspflicht der Hochschulen	425
1. Problemaufriss	425

2. Rechtliche Beurteilung des Bestehens einer Verwertungspflicht	427
a. Meinungsstand in der Literatur	427
b. Eigener Lösungsweg	428
aa. Das „Ob“ der Verwertungspflicht	428
(1) Stufe 1 – Prüfung der Patentfähigkeit und Verwertbarkeit	428
(2) Stufe 2 – Inanspruchnahme der Erfindung	430
(3) Stufe 3 – Anmeldung zum Schutzrecht und Schutzrechtsarbeit	432
(4) Stufe 4 – Verwertung	434
(a) Hochschulrechtliche Perspektive	434
(b) Dienstrechtliche Perspektive	435
(c) Verfassungsrechtliche Perspektive	437
(d) Fazit	439
(5) Stufe 5 – Festsetzung der Vergütung	439
(6) Fazit	440
bb. Das „Wie“ der Verwertungspflicht	440
3. Fazit	443
VII. Modalitäten des Vergütungsanspruchs	443
VIII. Besonderheiten bei der Verwertung der Erfindung durch eine Patentverwertungsagentur	445
1. Problemaufriss	446
2. Rechtliche Würdigung	447
B. Vergütungsansprüche für freie Erfindungen und technische Verbesserungsvorschläge	449
I. Vergütungsansprüche für freie Erfindungen	449
II. Vergütungsansprüche für technische Verbesserungsvorschläge	450
C. Zusammenfassung	452
Kapitel 4. Vergütungsansprüche des Hochschulbeschäftigten im Arbeitnehmerurheberrecht	455
§ 9 Die Vergütungsansprüche des Arbeitnehmerurhebers	455
A. Vergütungsgrund des Arbeitnehmerurheberrechts	456
I. Abgeltungslehre bzw. Einheitstheorie	457
1. Urheberrechtliche Anknüpfung	459
2. Arbeitsrechtliche Anknüpfung	460
II. Trennungstheorie	461

Inhaltsverzeichnis

III. Analoge Anwendung der §§ 9 ff. ArbNErfG	462
IV. Vergütungsanspruch aus § 32 UrhG	463
B. Vergütungstatbestände des Arbeitnehmerurheberrechts	464
I. Schaffensbezogene Vergütungsansprüche	464
1. Regelmäßiges Arbeitsentgelt und Sonderleistungen	465
2. Quantitative Sonderleistungen	466
3. Qualitative Sonderleistungen	467
II. Werkbezogene Vergütungsansprüche für Pflichtwerke	469
1. Vertragliche werkbezogene Vergütungsansprüche	469
a. Vertragliche Vereinbarung	470
b. Fehlende vertragliche Vereinbarung	471
aa. Zum Streitstand	471
(1) Abgeltungstheorie	472
(2) Trennungstheorie	473
(3) Vergütungsanspruch aus § 32 UrhG	474
(a) Zwingende Entgeltlichkeit der Nutzungsrechtseinräumung	475
(b) Anwendbarkeit des § 32 UrhG auf das Arbeitnehmerurheberrecht	477
bb. Argumentationsstrukturen und eigene Würdigung	478
(1) Stellungnahme zur Abgeltungstheorie	478
(2) Stellungnahme zur Trennungstheorie	482
(3) Stellungnahme zum Vergütungsanspruch aus § 32 UrhG	484
(a) Voraussetzungen des Vergütungsanspruchs aus § 32 UrhG	485
(aa) Wortlautauslegung	486
(bb) Historische Auslegung	487
(cc) Systematische Auslegung	489
(dd) Teleologische Auslegung	492
(ee) Fazit	494
(b) Anwendbarkeit des § 32 UrhG auf das Arbeitnehmerurheberrecht	495
(aa) Wortlautauslegung	496
(bb) Historische Auslegung	498
(cc) Systematische Auslegung	502
(dd) Teleologische Auslegung	506
(ee) Fazit	510

(c) Fazit zum Vergütungsanspruch aus § 32 UrhG	510
cc. Fazit	511
2. Gesetzliche werkbezogene Vergütungsansprüche	511
a. Allgemeine urheberrechtliche Ansprüche	512
b. Arbeitnehmerurheberrechtliche Ansprüche	513
III. Vergütungsansprüche für freie Werke	515
IV. Sonderfall: Vergütungsansprüche des Softwareprogrammierers im Arbeitsverhältnis	517
1. Vergütung für Pflichtprogramme	518
a. Vergütungsanspruch im Rahmen von § 69b Abs. 1 Var. 1 UrhG	518
aa. Abgeltungstheorie	518
bb. Trennungstheorie	519
cc. § 69b UrhG als bloße Zuordnungsnorm	519
dd. Eigene Würdigung	520
b. Vergütungsanspruch im Rahmen von § 69b Abs. 1 Var. 2 UrhG	522
c. Vergütungsanspruch aus § 32 UrhG	524
aa. Zum Meinungsstand	525
bb. Eigene Würdigung	526
d. Vergütungsanspruch aus § 9 Abs. 1 ArbNErfG analog	529
e. Vergütungsanspruch aus dem arbeitsrechtlichen Sonderleistungsprinzip des § 612 BGB (analog)	529
2. Vergütung für freie Computerprogramme	530
3. Fazit	531
C. Zusammenfassung	532
§ 10 Die Vergütungsansprüche des Hochschulurhebers	533
A. Der Anwendungsbereich des Urheberrechts im Hochschulbereich	534
I. Persönlicher Anwendungsbereich – Der Hochschulbeschäftigte	534
II. Institutioneller Anwendungsbereich – Die Hochschule	535
III. Sachlicher Anwendungsbereich – Urheberrechtlich geschützte Werke	536
1. Werkkategorien im Hochschulbereich	537

Inhaltsverzeichnis

2. Urheberrechtlicher Schutz wissenschaftlicher Werke	537
a. Zum Streitstand	539
aa. Rechtsprechungsentwicklung	539
bb. Entwicklungen in der Literatur	541
(1) Befürwortende Auffassungen – Inhaltlicher Schutz	542
(2) Vermittelnde Auffassungen – Eingeschränkter inhaltlicher Schutz	543
(3) Ablehnende Auffassungen – Kein inhaltlicher Schutz	544
b. Argumentationslinien und eigene Würdigung	544
c. Fazit	548
B. Verwertung der Werke des Hochschulbeschäftigten durch die Hochschule	548
I. Urheberverwertungs- und -persönlichkeitsrechte des Hochschulbeschäftigten	549
1. Urheberpersönlichkeitsrechte des Hochschulbeschäftigten	549
2. Urheberverwertungsrechte des Hochschulbeschäftigten	552
a. Verwertung des Werks in körperlicher Form (§§ 16 und 17 UrhG)	552
b. Verwertung des Werks in unkörperlicher Form (§§ 19 Abs. 1, 4 und 23 UrhG)	554
3. Einschränkungen der Urheberpersönlichkeits- und -verwertungsrechte	556
II. Verwertung der Werke durch die Hochschule bzw. den Dienstherrn	556
III. Anwendbarkeit des § 43 UrhG im Hochschulbereich	558
1. Anwendbarkeit des § 43 UrhG im Hochschulbereich allgemein	558
a. Zusammenfassung der Wertungen des § 43 UrhG	558
b. Anwendbarkeit des § 43 UrhG auf Beamte	559
c. Anwendbarkeit des § 43 UrhG im Hochschulbereich	560

2. Differenzierung nach einzelnen Beschäftigungsgruppen	562
a. Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal	562
aa. Hochschullehrer (Professoren und Juniorprofessoren)	563
(1) Universitätsprofessoren	564
(a) Grundsatz: Keine Werkschaffungspflicht des Universitätsprofessors	564
(b) Ausnahmen: Werkschaffungspflicht des Universitätsprofessors	567
(c) Wertungen des § 43 UrhG passen nicht zur rechtlichen Stellung von Professoren	568
(d) Parallelität zur Diensterfindung i. S. d. § 4 ArbNErfG	568
(e) Fazit	570
(2) Professoren an Kunsthochschulen und Pädagogischen Hochschulen	570
(3) Fachhochschulprofessoren	572
(4) Professoren nichtstaatlicher Hochschulen	573
(5) Fazit	574
bb. Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter und Hilfskräfte	574
(1) Wissenschaftliche und künstlerische Dienstleistungen	575
(2) Rechtliche Stellung	576
cc. Lehrkräfte für besondere Aufgaben	577
b. Nicht hauptberuflich Tätige an einer Hochschule	579
aa. Einschlägiger Personenkreis	579
(1) Privatdozenten	579
(2) Außerplanmäßige Professoren	580
(3) Lehrbeauftragte	581
(4) Honorarprofessoren	582
(5) Vertretungsprofessoren	582
(6) Gastprofessoren und Gastdozenten	583
bb. Urheberrechtliche Bewertung	584

Inhaltsverzeichnis

c. Sonstige Hochschulangehörige oder -mitglieder	585
3. Fazit	586
IV. Sonderfall: Computerprogramme von Hochschulbeschäftigten (§ 69b UrhG)	587
C. Vergütungsansprüche des Hochschulurhebers	588
I. Vergütungsansprüche nach den allgemeinen arbeitnehmerurheberrechtlichen Regelungen	589
1. Vergütungsfolgen der Anwendung des § 43 UrhG auf Werke des Hochschulbeschäftigten	590
a. Wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiter bzw. Hilfskräfte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben	591
b. Hochschullehrer, Privatdozenten, Außerplanmäßige Professoren, Lehrbeauftragte, Honorar-, Vertretungs- und Gastprofessoren	593
aa. Anbietungspflicht des Hochschullehrers bei freien Werken	593
(1) Anbietungspflicht aus der „Treuepflicht“ – Die Entscheidung „Grabungsmaterialien“ des BGH	594
(2) Anbietungspflicht aus § 19 ArbNErfG analog	597
(3) Fazit	597
bb. Freiwillige Nutzungsrechtseinräumung des Hochschullehrers bei freien Werken	598
cc. Ausnahme: Pflichtwerke des Hochschullehrers	600
dd. Fazit	601
2. Vergütungsfolgen der Anwendung des § 69b UrhG auf Werke des Hochschulbeschäftigten	601
a. Wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiter bzw. Hilfskräfte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben	602
b. Hochschullehrer, Privatdozenten, Außerplanmäßige Professoren, Lehrbeauftragte, Honorar-, Vertretungs- und Gastprofessoren	602
3. Fazit	604

II. Vergütungsanspruch in analoger Anwendung des § 42 Nr. 4 ArbNErfG	604
1. Planwidrige Regelungslücke im Hochschulurheberrecht	605
2. Vergleichbare Interessenlage	608
a. Vergleichbarkeit des Vergütungsgrundes	609
aa. Vergleich zwischen Arbeitnehmererfinder und Arbeitnehmerurheber	609
bb. Vergleich zwischen Hochschulerfinder und Hochschulurheber	609
(1) Vergütungsgrund des § 42 Nr. 4 ArbNErfG im Hochschulerfinderrecht	610
(2) Vergütungsgrund im Hochschulurheberrecht	612
(3) Gegenüberstellung/Vergleich	612
b. Arbeitsrechtliche Verpflichtung zur Schaffung von Arbeitsergebnissen	613
c. Strukturunterschiede bei Erfindungen und urheberrechtlich geschützten Werken von Hochschullehrern	614
d. Sonderregelungscharakter des § 42 Nr. 4 ArbNErfG	616
3. Fazit	617
III. Fazit	617
D. Zusammenfassung	618
 Kapitel 5. Vergütungsansprüche des Hochschulbeschäftigten im Arbeitnehmerdesignrecht	620
§ 11 Die Vergütungsansprüche des Arbeitnehmerdesigners	621
A. Vergütungstatbestände des Arbeitnehmerdesignrechts	621
I. Vergütung für gebundene Entwürfe	621
1. Grundsätzliche Abgeltung durch das Arbeitsentgelt	622
2. Abweichende Vereinbarungen	623
II. Vergütung für freie Entwürfe	624
B. Vergütungsansprüche aus analoger Anwendung des arbeitnehmererfinderrechtlichen oder arbeitnehmerurheberrechtlichen Vergütungssystems	626
C. Zusammenfassung	627

Inhaltsverzeichnis

§ 12 Die Vergütungsansprüche des Hochschuldesigners	627
A. Der Anwendungsbereich des Designrechts im Hochschulbereich	627
B. Verwertung der Designs des Hochschulbeschäftigten durch die Hochschule	628
I. Designerverwertungs- und -persönlichkeitsrechte des Hochschulbeschäftigten	629
1. Keine Designerpersönlichkeitsrechte des Hochschulbeschäftigten	629
2. Designerverwertungsrechte des Hochschulbeschäftigten	630
3. Einschränkungen der Designerverwertungsrechte	631
II. Verwertung der Designs durch die Hochschule bzw. den Dienstherrn	632
C. Vergütungsansprüche des Hochschuldesigners	632
I. Vergütung nach den allgemeinen arbeitnehmerdesignrechtlichen Regelungen	633
1. Anwendbarkeit des § 7 Abs. 2 DesignG im Hochschulbereich	633
a. Anwendbarkeit des § 7 Abs. 2 DesignG im Allgemeinen	633
aa. Anwendbarkeit des § 7 Abs. 2 DesignG auf Beamte	633
(1) Vergleich zum Arbeitnehmerurheberrecht	634
(2) Gegen die Anwendbarkeit auf Beamte	635
(3) Für die Anwendbarkeit auf Beamte	636
bb. Anwendbarkeit des § 7 Abs. 2 DesignG im Hochschulbereich	637
b. Differenzierung nach einzelnen Beschäftigungsgruppen	638
aa. Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal	638
(1) Hochschullehrer	638
(a) Vergleich zum Hochschulerfinderrecht	639
(b) Vergleich zum Hochschulurheberrecht	640
(c) Gegenüberstellung	640

(aa) Keine Verpflichtung zum Entwerfen von Designs vergleichbar dem Urheberrecht	640
(bb) Keine Vergleichbarkeit mit Dienstleistungen i. S. d. § 4 ArbNErfG	642
(d) Fazit	643
(2) Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter und Hilfskräfte	644
(3) Lehrkräfte für besondere Aufgaben	644
bb. Nicht hauptberuflich Tätige an einer Hochschule	644
cc. Sonstige Hochschulangehörige bzw. -mitglieder	645
c. Fazit	646
2. Vergütungsfolgen der Anwendung des § 7 Abs. 2 DesignG auf Designs des Hochschulbeschäftigten	647
a. Wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiter bzw. Hilfskräfte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben	647
b. Hochschullehrer und nicht hauptberuflich Tätige an der Hochschule	648
aa. Anbietungspflicht des Hochschullehrers bei freien Entwürfen	649
bb. Freiwillige Übertragung der Designrechte bzw. Lizenzeinräumung bei freien Entwürfen	650
3. Fazit	651
II. Vergütungsanspruch in analoger Anwendung des § 42 Nr. 4 ArbNErfG	652
1. Planwidrige Regelungslücke	652
2. Vergleichbare Interessenlage	653
a. Vergleichbarkeit des Vergütungsgrundes	654
b. Arbeitsrechtliche Verpflichtung zur Schaffung von Arbeitsergebnissen	655
c. Abweichende Zuordnung der Rechte	656
d. Strukturunterschiede bei Erfindungen und Designs von Hochschullehrern	656
e. Sonderregelungscharakter des § 42 Nr. 4 ArbNErfG	657

Inhaltsverzeichnis

3. Fazit	658
III. Vergütungsanspruch in analoger Anwendung des Hochschulurheberrechts	658
1. Vergleichbarkeit des Vergütungsgrunds und der Zuordnung der Rechte	659
2. Vergütung aus § 32 UrhG analog	660
a. Historischer Wandel des Verhältnisses zwischen Urheber- und Designrecht	661
b. Einräumung von Nutzungsrechten vs. Originärer Rechtserwerb	663
3. Fazit	664
IV. Fazit	665
D. Zusammenfassung	665
Kapitel 6. Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse	667
Literaturverzeichnis	669
Stichwortverzeichnis	701

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Auffassung
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Allg. A.	Allgemeine Ansicht oder Allgemeine Auffassung
Anm.	Anmerkung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbNErfG	Arbeitnehmererfindergesetz
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AuR	Arbeit und Recht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayHSchG	Bayerisches Hochschulgesetz
BayHSchPG	Bayerisches Hochschulpersonalgesetz
BB	Betriebs-Berater
BbgHG	Brandenburgisches Hochschulgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckRS	Beck online Rechtsprechung
BenshSlg.	Bensheimer Sammlung
BerIHG	Berliner Hochschulgesetz
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFDG	Bundesfreiwilligendienstgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen

Abkürzungsverzeichnis

BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BlPMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen
BPatG	Bundespatentgericht
BPatGE	Entscheidungen des Bundespatentgerichts
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BremHG	Bremisches Hochschulgesetz
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CR	Computer und Recht
d.	der/des
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
DesignG	Gesetz über den rechtlichen Schutz von Design
dies.	dieselbe
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DöD	Der öffentliche Dienst
ECLI	European Case Law Identifier
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
EuGH	Europäischer Gerichtshof
f.	folgend
ff.	folgende
F&L	Forschung und Lehre
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
gem.	gemäß

GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GGV	Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung
GRUR	Zeitschrift für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Zeitschrift für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtspre- chungs-Report
GS	Gedenkschrift
HGB	Handelsgesetzbuch
HG NRW	Hochschulgesetz Nordrhein-Westfalen
HHG	Hessisches Hochschulgesetz
HmbHG	Hamburgisches Hochschulgesetz
HochSchG RPF	Hochschulgesetz Rheinland-Pfalz
HRG	Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	Herausgeber
HSG LSA	Hochschulgesetz Land Sachsen-Anhalt
HSG SH	Hochschulgesetz Schleswig-Holstein
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
i. S.	im Sinne
i. S. v.	im Sinne von
i. Ü.	im Übrigen
krit.	kritisch
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LHG BW	Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg
LHG M-V	Landeshochschulgesetz Mecklenburg-Vorpommern
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m. H. a.	mit Hinweis auf
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
MittHV	Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbands
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift

Abkürzungsverzeichnis

NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NHG	Niedersächsisches Hochschulgesetz
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OLG	Oberlandesgericht
PatG	Patentgesetz
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PflegeZG	Pflegezeitgesetz
PharmR	Pharma Recht
Prof-E	Professoren-Entwurf
RdA	Recht der Arbeit
RDV	Recht der Datenverarbeitung
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
S.	Satz/Seite/Siehe
SächsHSFG	Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz
SGB I	Sozialgesetzbuch I – Allgemeiner Teil
SGB II	Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitssuchende
SGB III	Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung
SGB IV	Sozialgesetzbuch IV – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB V	Sozialgesetzbuch V – Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Sozialgesetzbuch VI – Gesetzliche Rentenversicherung
SGB VII	Sozialgesetzbuch VII – Gesetzliche Unfallversicherung
SGB X	Sozialgesetzbuch X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz
SGB XI	Sozialgesetzbuch XI – Soziale Pflegeversicherung
sic!	Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht

Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Gerichts Erster Instanz
sog.	sogenannt/sogenannte/sogenannten/sogenanntem
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
ThürHG	Thüringer Hochschulgesetz
TVG	Tarifvertragsgesetz
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u.a.	unter anderem
UFITA	Archiv für Urheber- und Medienrecht
UG SL	Universitätsgesetz Saarland
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
v.	von/vom
Verf.	Verfasser/Verfassers
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VPP-Rundbrief	Rundbrief der Vereinigung von Fachleuten des Gewerblichen Rechtsschutzes
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WissR	Wissenschaftsrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZDG	Zivildienstgesetz
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht – Rechtsprechungsdienst

